

# Allein unter Feinden?

## Was der Staat für unsere Sicherheit tut – und was nicht

Rezension von Bernd M. Schäfer, Geschäftsführender Gesellschafter der ATLAS Versicherungsmakler für Sicherheits- und Wertdienste GmbH

58



### ALLEIN UNTER FEINDEN? Was der Staat für unsere Sicherheit tut – und was nicht

Von Thomas Sigmund,  
Verlag Herder GmbH, 2017,  
271 Seiten, gebunden,  
22,99 Euro,  
ISBN 9-783451-378140

→ Plündernde und brandschatzende Verbrecher können im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel Teile Hamburgs verwüsten und der Polizei Hinterhalte stellen, gegen die SEK-Beamten mit Maschinenpistole im Anschlag in einer Art Häuserkampf vorgehen müssen. 500 verletzte Polizisten, rechtsfreie Zonen, vernichtete Werte in Millionenhöhe, brennende Autos, auch Einsatzwagen der Polizei, zerstörte Geschäfte und dahinter stehende Existenzen: Das ist die traurige Bilanz eines völlig missglückten Sicherheitskonzepts.

War diese Einschätzung wenige Stunden nach dem Ende des Gipfels zu früh? Nein! Wenn der Staat entscheidet, an einem völlig ungeeigneten Ort, mitten in einer Großstadt mit schon lokal vorhandener linksradikaler Szene mit hoher Gewaltbereitschaft, eine solche Veranstaltung mit maximaler Gefahrenstufe durchzuführen, dann ist er uneingeschränkt in der Verantwortung, solche Gewaltexzesse in jedem Fall zu verhindern und das Leben und das Eigentum der dort ansässigen Bürger zu schützen. Ob das mit 21.000 (7 Prozent der gesamten deutschen Polizei!) oder 42.000 Polizisten passiert, interessiert den von dem Terror des Mob betroffenen Bürger nicht. Ihm geht es nicht um eine Dienstleistung ohne Erfolgszusage, sondern um einen Werkvertrag der auf Erfolg gerichtet ist. Kann der Staat das nicht zusagen, dann handelt er treuwidrig und bricht vorsätzlich den Vertrag zwischen ihm und dem Bürger.

Thomas Hobbes entwickelte in seinem Buch „Leviathan“ schon 1651 die Idee für ein staatliches Gewaltmonopol. Danach sollte alleine der Staat das Recht haben, Waffen zu tragen. John Locke formulierte es etwas später so: „Während der Einzelne seine natürlichen Rechte an den Staat abgibt, verpflichtet sich der Staat, das Leben und Eigentum der Bürger zu schützen.“

Die Kernthese von Thomas Sigmund in seinem sehr lesenswerten Buch lautet, dass der deutsche Staat diesen Vertrag mit seinen Bürgern gekündigt hat und damit Gefahr läuft, den Anspruch auf das Gewaltmonopol zu verlieren.

In den ersten vier Kapiteln eröffnet Sigmund eine breite Palette von unterschiedlichen Straftaten, von denen die Bürger betroffen sind. Eigentumsdelikte (Einbruchdiebstahl, Fahrrad-diebstahl, Raub) werden genauso geschildert wie Gewaltdelikte (Berlin, Ansbach, Kölner Domplatte) und Organisierte Kriminalität (Clans, Rocker, islamistischer und rechts- wie linksradikaler Terror). Jede Facette wird durch Quellenmaterial und konkrete Fälle untermauert. Auch wenn der an Sicherheitsfragen interessierte Leser auf den 189 Seiten dieser vier Kapitel zwar im Detail durchaus einiges, aber insgesamt nicht sehr viel Neues erfährt, so bekommen die dargestellten Probleme in dem Gesamtzusammenhang eine andere Dynamik. Der Staat hat sich selbst durch „Kaputtsparen“ in diese Situation gebracht und die verantwortlichen Politiker tun nicht genug dafür, die Misere nachhaltig zu ändern. Zwischen 2005 und 2014 ist die Anzahl der Polizisten von 302.000 auf 299.000 gesunken. Gleichzeitig haben sich die Aufgaben in der Breite und in der Tiefe vervielfacht. Sigmunds These, wonach schlicht zu wenig Polizeibeamte, aber auch Richter und Staatsanwälte vorhanden sind, untermauert er in einer Vielzahl von Beispielen.

In den letzten beiden Kapiteln macht er weitere konkrete Vorschläge, wie der Staat seiner Rolle wieder gerecht werden kann. Das Beseitigen von föderalen Unzulänglichkeiten in der Zusammenarbeit der Behörden (16 nicht miteinander kompatible Fallbearbeitungssysteme der 16 Bundesländer im Jahr 2017 machen den Leser sprachlos). Die Aufrüstung der nicht mehr zeit-





An den Landungsbrücken in Hamburg

gemäßen technischen Ausstattung der Behörden für die Kommunikation untereinander (immer noch per Fax) und die Ausweitung der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen sind technische Verbesserungen. Letztendlich sind Sigmund aber die Punkte „Null Toleranz“, härteres und schnelleres Durchgreifen durch effizientere Prozesse und größere Personalstärke, die bessere und europäisch vernetzte Sicherung der Grenzen (auch gegen internationale Einbrecherbanden) und das Einschreiten gegen islamistische Hassprediger und gegen Verschleierung von Frauen die wichtigsten seiner 15 Forderungen.

Das Buch ist zur richtigen Zeit erschienen, denn kurz vor der nächsten Bundestagswahl muss sich jede Partei daran messen lassen, wie sie die Sicherheit der Bürger wiederherstellen und die dafür erforderlichen Mittel bereitstellen will. Damit der Trend zu privaten Bürgerwehren und Pfefferspray wieder abnimmt.

Aus Sicht der Sicherheitswirtschaft gibt es dennoch einen Kritikpunkt: Die private Sicherheitswirtschaft, die annähernd so viele Mitarbeiter hat wie es Polizisten in Deutschland gibt, findet bei Sigmund nicht statt. An ganz wenigen Stellen gibt es einzelne Worte dazu. Als Teil der deutschen Sicherheitsarchitektur sieht Sigmund die

private Sicherheitswirtschaft nicht, eher als kleinen Problemlöser in den Fällen, in denen die Polizei nicht zur Verfügung steht oder zu teuer ist. Auch wenn es ihm darum geht, was der Staat macht und tun sollte, ist dieses Ignorieren falsch, denn es wird auch bei verstärkter Polizeipräsenz immer eine private Sicherheitswirtschaft geben, die viele Aufgaben besser und effizienter als die Polizei erledigen kann. ←